



Pflege nicht gegen die Wand fahren!

Das *Bündnis für Gute Pflege* überreicht Ihnen mit freundlichen Grüßen eine Windel für Erwachsene.

Wenn Sie diese Windel zu Beginn des Parteitages anlegen, garantiert das Fassungsvermögen, dass Sie diese Windel bis zum Ende des Parteitages nicht wechseln müssen.

Personal und Geld Ihnen die Windel zu wechseln, wird es künftig nicht mehr geben.

Das ist der Vorgeschmack auf Ihre eigene Pflegebedürftigkeit, wenn Sie jetzt nicht **politisch handeln** und endlich **das Ruder herumreißen** und die **Pflegeversicherung nachhaltig reformieren**. Angesichts der demographischen Entwicklung braucht es dringend:

- die Begrenzung der Eigenanteile und die Übernahme der pflegebedingten Kosten durch die Pflegeversicherung;
- die nachhaltige Stärkung pflegender Angehöriger als tragende Säule der pflegerischen Versorgung;
- einen Systemwechsel in der Pflegeversicherung hin zu einer solidarischen und paritätischen Finanzierung von Pflege sowie die zukunftssichere Gestaltung des Pflegesystems;
- das gesetzliche Verankern der Pflege als zentralen Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. Pflege darf nicht weiter an den Prinzipien von Markt, Wettbewerb und Rendite ausgerichtet werden;
- die Steuerfinanzierung „versicherungsfremder“ Leistungen;
- die Übernahme der medizinischen Behandlungspflege in stationären Einrichtungen durch die Krankenkassen;
- die Übernahme der Investitionskosten durch die Länder, wie im Gesetz vorgesehen;
- die regelhafte Dynamisierung der Leistungen.

Das Bündnis für Gute Pflege ist ein Zusammenschluss von 24 bundesweit aktiven Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Berufsverbänden sowie Selbsthilfeorganisationen mit über 13,6 Mio. Mitgliedern.

www.buendnis-fuer-gute-pflege.de



Pflege nicht gegen die Wand fahren!

Mit ihren aktuellen Sparbeschlüssen fährt die Bundesregierung die Pflege vor die Wand und gefährdet die Versorgung von Millionen pflegebedürftiger Menschen in Deutschland. Durch die Finanzierung von immer mehr gesamtgesellschaftlichen Aufgaben aus den Kassen der sozialen Sicherungssysteme ist die Pflegeversicherung praktisch in die Insolvenz manövriert worden. Beispielhaft seien hier die Finanzierung der Kosten der Coronapandemie mit 5,5 Milliarden Euro sowie die Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige mit 3,5 Milliarden Euro genannt. Ohne diese Ausgaben wäre die Pflegeversicherung heute nicht defizitär. Statt wie noch im Koalitionsvertrag vorgesehen, die Kassen durch entsprechende Bundeszuschüsse von diesen Kosten zu entlasten, wird nun auch noch der bisherige Bundeszuschuss von einer Milliarde Euro für die nächsten vier Jahre gestrichen.

Diese Politik nimmt den Kollaps der Pflege auf dem Rücken der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der in der Pflege Beschäftigten billigend in Kauf. Pflegebedürftige Menschen sowie ihre Angehörigen werden dies durch höhere Eigenleistungen finanziell und durch die Übernahme von noch mehr Pflege und Betreuungsleistungen ausbaden müssen. Eine Heimbewohner*in zahlt heute im ersten Jahr im Durchschnitt monatlich 2.600 aus eigener Tasche hinzu. Auch die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Wenn An- und Zugehörige mehr pflegen müssen, können sie weniger arbeiten oder steigen ganz aus dem Berufsleben aus und verstärken den ohnehin bestehenden Arbeitskräftemangel.

Das *Bündnis für Gute Pflege* fordert Sie als Delegierte des Bundesparteitages der SPD auf, sich dafür einzusetzen diese **verheerende Politik zu beenden** und in einem ersten Schritt die **im Koalitionsvertrag vorgesehenen Bundeszuschüsse zur Pflegeversicherung bereitzustellen**, um die Zahlungsfähigkeit der Pflegeversicherung zu sichern. In einem zügigen zweiten Schritt muss die **Pflegeversicherung strukturell reformiert** werden, um ihre Einnahmehasis nachhaltig zu sichern und eine **solidarische Finanzierung zu gewährleisten**.

Pflege ist ein gesamtgesellschaftliches Thema, das sehr viele Wähler*innen betrifft. Diese erwarten gerade von der SPD konkrete Lösungsvorschläge, damit die pflegerische Versorgung nicht sehenden Auges von der Regierung gegen die Wand gefahren wird.